

Die russischen Friedensbedingungen endgültig abgelehnt?

London, 25. August. (Drahtbericht.) Kamenew erhielt von Moskau die Nachricht, daß die Polen die russischen Friedensbedingungen gänzlich ablehnen.

Hag, 25. August. (Drahtbericht.) Der "Nieuwe Courant" meldet, einem vom 24. August aus Minsk datierten Bericht zufolge sei die polnische Antwort auf die russischen Friedensbedingungen eine glatte Weigerung. Von den 15 russischen Punkten wird nur einer, der sich auf die Demobilisation bezieht, unter der Voranschlag der Gegenseitigkeit gutgeschrieben. Die Fortdauer der Entmilitarisierung und der Herausgabe des Kriegsmaterials wird mit Entfernung abgewiesen. Die Punkte, die sich auf die Bildung einer Arbeitermiliz und auf die Verfüzung Russlands über die Bahnlinie Bielostok—Grajewo beziehen, werden als unökonomisch erklärt. Die in der Note Lloyd Georges angegebenen Grenzen seien unannehmbar. Die Bezeichnung der Demobilisationslinie solle nach polnischer Auffassung der strategischen Lage entsprechen. Die Verteilung von Land an die Hinterbliebenen der gefallenen polnischen Krieger wird abgelehnt, da sie eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten und somit eine Verletzung der Souveränitätsrechte Polens bedeute. Die anderen Forderungen werden abgelehnt. Der allgemeine Einbruch ist, daß die nächste Zusammenkunft die leise sein wird, da die politische Antwort keine sichtbare Grundlage für eine Einigung bietet.

Verlegung der Friedenskonferenz nach Warschau?

London, 25. Aug. (Drahtbericht.) Der Berichterstatter der "Morningpost" in Warschau meldet, der polnische Minister des Äußeren, Fürst Sapieha, hat durch Anschluß der Sowjetregierung vorschlagen, mit Rücksicht auf die schlechte Verbindung zwischen Minsk und Warschau die Friedenskonferenz nach Warschau zu verlegen. Demselben Korrespondenten zufolge ist man in Warschau der Ansicht, daß der polnische Vormarsch weiter Süden, wo die russische Reiterei noch auf ostgalizischem Boden steht, beende ist.

Kampf Russlands bis zur Entscheidung

Moskau, 25. August. (Drahtbericht.) In einer Kundgebung der russischen Regierung heißt es: Wir müssen sehr sichere Garantien gegen neue Überfälle verlangen. Wir glauben den politischen Arbeitern und verlangen, daß er bewaffnet wird. Wir glauben der polnischen Bourgeoisie nicht. Ihre Delegation hat begonnen, den Frieden zu sabotieren, als sie unsere Erfolge in den letzten Tagen gelobt hat. Wir müssen deshalb an dieser Front einen entscheidenden Kampf führen.

Frankreich drängt zum Frieden?

Frankfurt, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Die "Frankfurter Zeitung" meldet aus Genf: Wenn die leichten offiziellen Versicherungen der französischen Presse zutreffen, so macht sich der Einfluß des Pariser Regierung auf die polnische Regierung in dem Sinne eines schnellen Friedensschlusses geltend. Man bedachtet, so schreibt der Pariser Berichterstatter des "L'Amour Progrès", daß Polen und Russland sich gegenüberstehen, die Friedensverhandlungen hinzuziehen. Das gehörte zum diplomatischen Handwerk, aber die militärische Lage sei keineswegs so zärtlich, wie sie nach den polnischen Kriegsberichten erscheinen könnte. Man hätte es deshalb im Interesse Polens selbst für richtig, den günstigen Augenblick zum Friedensschluß nicht zu verpassen.

Die russische Nordarmee umzingelt?

Königsberg, 25. August. (Drahtbericht.) Den zusammengezogenen Resten der 4. bolschewistischen Armee, deren Nachhut in der Nacht zum 24. August den Osmuler überschritten hatten, gelang es nach heftigen Kämpfen, in der Richtung auf Kolno durchzubrechen. Der heftige Widerstand, den diese Abteilungen in Mischin leisteten, zwang 300 Polen zum Uebertreten über die Reichsgrenze bei Friedrichsburg. Szczecin ist am 24. August von den Polen besetzt worden. Die polnischen Vorhuten erreichten am 25. August Prostken, und die westlich von der Bahnhofslinie Mława—Modlin abgeschnittenen Überreste der 4. bolschewistischen Armee wurden von den Polen abgesangen. Die folgenden polnischen Armeen der Zentrumsfront erreichten in flankierender Ueberholung gegen Morgen die Linie Ansfchin-Stawiski—Kolno. Hierdurch schlossen sie den Ring um die 4. und 15. bolschewistische Armee. Die bolschewistischen Truppen versuchten sich durch Gegenstoß der Umlämmung zu entziehen. Nach der Einnahme von Bielostok durch die Polen sind deshalb noch ein zwanzigstündiger Straßenkampf mit der Besatzung und von Grodno herangezogenen bolschewistischen Verbündeten statt, der für die Polen siegreich aussieht. Die Polen melden eine große Anzahl Gefangene und große Beute. Infolge der Demobilisierung der bolschewistischen Truppen und der polnischen Propaganda traten Donkoschen und kalmückische Truppenteile über. Im Abschnitt Brest-Litowsk und im Abschnitt östlich Cholm, am Bug und östlich Lemberg halten die Polen lokale Erfolge.

Gefährdung Ostpreußens durch nicht entwaffnete bolschewistische Banden

Königsberg, 25. August. (Drahtbericht.) Die Zahl der über die deutsche Grenze getretenen Bolschewisten hat sich auf über 30 000 erhöht.

Königsberg, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Es ist festgestellt worden, daß große Mengen übergetretener Russen sich der Entzweiung und Bewachung entziehen. Es heißt, daß sie mit ihren Waffen durch das Land streifen. So sind auf dem Königsberger Postbahnhof ganze Trupps bolschewistischer Soldaten angekommen worden, die in der ungeriebtesten Weise ihr Wesen treiben. Als sie zur Rede gestellt wurden, wunderten sie sich sehr darüber, daß ihnen Schwierigkeiten in den Weg liege, da sie von Internierungslager Arns unbehindert die Eisenbahnfahrt hätten antreten können. Ein solches Vorwissen ist nicht verwunderlich, wenn man die Zahl der übergetretenen Russen von 25 000 Mann in Betracht zieht und bedenkt, daß dieser Zahl nur geringe deutsche militärische Kräfte zur Bewachung gegenüberstehen. So waren beispielweise zur Bewachung einer Gruppe von tausend übergetretenen Bolschewisten nur vier deutsche Soldaten zur Stelle. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß ganze geschlossene Trupps das Internierungslager Arns verlassen und auf eigene Faust Reisen antreten. Jedenfalls bedeutet das Auftreten von bewaffneten Russen in der Provinz neben der Möglichkeit der Bandenbildung und der von ihnen betriebenen bolschewistischen Propaganda eine überaus grohe Gefahr.

Von jüdischer Seite wird der Königsberger All. Igt. über die Lage an der Front berichtet: Der polnische Nordflügel drängt dem zurückweichenden Rest der bolschewistischen Armee nach. Die bolschewistische Armee befindet sich jetzt nördlich von Bielostok. Der Ueberritt bolschewistischer Truppen über die Grenze hält an. Es wird gemeldet, daß bis jetzt rund 20 000 Russen innerhalb der Kreise Neidenburg und Ortsburg die Grenze überschritten haben und reibungslos interniert worden sind. Bei Bielostok sind bereits 10 000 Bolschewisten auf das deutsche Gebiet übergetreten.

Ein Abkommen über die Rückkehr deutscher Flüchtlinge nach Pommern

Altenstein, 25. August. (Drahtbericht.) Wie die Altensteiner Igt. meldet, wurde zwischen Oberstleutnant von Jütz in Altenstein und dem Oberbefehlshaber von Soldau an der Grenze bei Kleinholzen vorbehaltlich der Genehmigung durch das polnische Generalkommando in Graudenz folgendes Abkommen über die Rückkehr der deutschen Flüchtlinge getroffen: 1. Die deutschen Flüchtlinge können mit ihrem gesamten Hab und Gut an ihrem Wohnsitz zurückkehren. 2. Jeder, der nicht eines Verbrechens überführt werden kann, wird an

Leib und Leben geschont. 3. Die Flüchtlinge können ihr gesamtes Vermögen über die Grenze bringen, ohne befürchten zu müssen, daß ihnen etwas weggenommen werde. 4. Transportmittel, soweit sie polnisches Eigentum sind und zum Übertragen von deutschem Eigentum die deutsche Grenze überschreiten, sind von den deutschen Behörden an Polen zurückzuholen. Das entsprechende gilt von deutschen Transportmitteln, die die deutsche Flüchtlinge nach Polen bringen.

Neue Instruktionen für den Danziger Oberkommissar

Paris, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Geschäftsräger wurde am Dienstag empfangen. Er übergab dem Generalsekretär des Auswärtigen Amtes Paléologue eine Erklärung Lloyd Georges und Giolitti, die sich mit der Sicherstellung der polnischen Rechte im Vorort beschäftigt. Die beiden Minister sind der Meinung, daß den Unruhen Polens auf Ausführung des Artikels 104 des Verhältnisvertrages, betreffend die polnische Durchfahrt, Rechnung getragen werden müsse. Wenn die Danziger Arbeiter verzweifelt, für Polen bestimmte Munition anzufordern, wird die Internationalisierte Kommission alle Mittel anwenden, um die Arbeitswilligen zu schützen. Wenn es notwendig ist, sollen die aktiveren Truppen verhindert werden. Am Schluß des Schreibens bitten Lloyd George und Giolitti Millerand, in seiner Eigenschaft als Präsident der Friedenskonferenz, dem Oberkommissar für Danzig, Sir Reynold Tower, neue Instruktionen zukommen zu lassen. Millerand hat daraufhin neue Instruktionen verfaßt und am Tower nach Danzig abgeben lassen. Sothe des Völkerbands sei es, die genaue Ausführung der Beschlüsse des Völkerbands zu überwachen.

Danzig, 25. August. (Drahtbericht.) Die Alliierten beabsichtigen eine Verstärkung der Garnison von Danzig durch französische und italienische Truppen, die die Aufgabe haben sollen, die Kriegstransporte nach Polen zu schützen und gegebenenfalls weiterzuleiten. Über die Zahl der Truppen ist noch nichts bekannt. Sie werden aber nicht 25 000 Mann betragen, wie W.L.B. aus London gemeldet hat, sondern erheblich geringer sein. Die Truppen sollen auf Kosten des Freistaates Danzig untergebracht werden.

Der Waffenzug für Königsberg abermals angehalten

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Entgegen dem Abkommen, das zwischen Vertretern der Arbeiter und der Regierung über die Beförderung des Waffentransports für die Sicherheitspolizei in Königsberg zwischenstand, ist der Eisenbahnbau noch im Weichbild von Berlin abermals aufgehoben worden. Auf Grund der Vereinbarungen war der auf dem Stettiner Bahnhof angehaltene Transport abgeschlossen worden, er kam aber nur bis Pankow, dort ist er während der Nacht von Arbeitern wieder angehalten worden. Die Weiterfahrt wurde mit Gewalt verhindert und der Zug liegt zur Stunde noch in der Station Pankow.

Berlin, 25. August. (Drahtbericht.) In der Presse wird in letzter Zeit mehrfach die Nachricht gebracht, daß nach dem Abtransport der Entente-Truppen aus dem Abflammungsgebiete Ost- und Westpreußens Entente-Transitbahnen im nordöstlichen Deutschland nicht mehr gefahren würden. Hierzu wird bemerkt: 1. Es fährt wöchentlich regelmäßig ein Zug mit Material für die Entente-Divisionen von Mainz nach Danzig und von dort mit Teilen weiter nach Memel. Es handelt sich hierbei nicht um einen geschlossenen Zug, sondern um etwa fünfzehn Wagen. 2. Außerdem fahren je nach Bedarf etwa vierteljährlich wöchentlich Nachschüsse für die Entente nach Oberschlesien. Von diesen Zügen werden für Danzig oder Memel bestimmte einzelne Wagons in Kotbus abgelegt und an deutsche Güterzüge angehängt.

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Von der Eisenbahnverwaltung wird amtlich mitgeteilt: Gegenüber dem in letzter Zeit sich mehrenden Anhalten von Transports nimmt die Eisenbahn folgenden Standpunkt ein: Rechtlich besteht eine Beförderungspflicht der Eisenbahn, und zwar für alle Transporte, die ihr übergeben worden sind, sofern sie nicht gesetzwidrig oder aus sonstigen politischen Gründen verboten sind. Die Feststellung der Zulässigkeit des Transports ist nicht Sache der Eisenbahnverwaltung, sondern die der damit betrauten Behörden. Was die Militärtransporte nach dem Osten betrifft, so müssen die Behörden bei der Uebergangsstation ihre Zulässigkeit untersuchen. Alle Dienststellen der Eisenbahn sind angehalten, falls erforderlich, die Beförderungspapiere in Ordnung zu bringen. Mit diesen der Fall, so muß der Transport ohne weiteres bis zum Bestimmungsort durchgeführt werden. Es ist unbedenklich, daß durch Untersuchung und Anhalten während der Beförderung die Prüfung vollzogen wird. Dieses Verhalten ist mit Störungen verbunden, die unter Umständen das gesamte Verkehrsleben lämmen. Besteht der Verdacht, daß die Beförderungspapiere nicht in Ordnung sind, oder daß der Transport unter falscher Deklaration läuft, ist es die Pflicht aller Eisenbahnbeamten, dies bei der vorgelegten Behörde, in den meisten Fällen dem Stationsvorsteher, zu melden. Der Stationsvorsteher hat die Meldung zu prüfen und zu entscheiden, ob der Verdacht begründet ist, und melbt dann den damit beauftragten Behörden den Fall zu weiterer Veranlassung.

* * *

Berlin, 25. August. (Drahtbericht.) Von der Eisenbahnverwaltung wird amtlich mitgeteilt: Gegenüber dem in letzter Zeit sich mehrenden Anhalten von Transports nimmt die Eisenbahn folgenden Standpunkt ein: Rechtlich besteht eine Beförderungspflicht der Eisenbahn, und zwar für alle Transporte, die ihr übergeben worden sind, sofern sie nicht gesetzwidrig oder aus sonstigen politischen Gründen verboten sind. Die Feststellung der Zulässigkeit des Transports ist nicht Sache der Eisenbahnverwaltung, sondern die der damit betrauten Behörden. Was die Militärtransporte nach dem Osten betrifft, so müssen die Behörden bei der Uebergangsstation ihre Zulässigkeit untersuchen. Alle Dienststellen der Eisenbahn sind angehalten, falls erforderlich, die Beförderungspapiere in Ordnung zu bringen. Mit diesen der Fall, so muß der Transport ohne weiteres bis zum Bestimmungsort durchgeführt werden. Es ist unbedenklich, daß durch Untersuchung und Anhalten während der Beförderung die Prüfung vollzogen wird. Dieses Verhalten ist mit Störungen verbunden, die unter Umständen das gesamte Verkehrsleben lämmen. Besteht der Verdacht, daß die Beförderungspapiere nicht in Ordnung sind, oder daß der Transport unter falscher Deklaration läuft, ist es die Pflicht aller Eisenbahnbeamten, dies bei der vorgelegten Behörde, in den meisten Fällen dem Stationsvorsteher, zu melden. Der Stationsvorsteher hat die Meldung zu prüfen und zu entscheiden, ob der Verdacht begründet ist, und melbt dann den damit beauftragten Behörden den Fall zu weiterer Veranlassung.

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Von der Eisenbahnverwaltung wird amtlich mitgeteilt: Gegenüber dem in letzter Zeit sich mehrenden Anhalten von Transports nimmt die Eisenbahn folgenden Standpunkt ein: Rechtlich besteht eine Beförderungspflicht der Eisenbahn, und zwar für alle Transporte, die ihr übergeben worden sind, sofern sie nicht gesetzwidrig oder aus sonstigen politischen Gründen verboten sind. Die Feststellung der Zulässigkeit des Transports ist nicht Sache der Eisenbahnverwaltung, sondern die der damit betrauten Behörden. Was die Militärtransporte nach dem Osten betrifft, so müssen die Behörden bei der Uebergangsstation ihre Zulässigkeit untersuchen. Alle Dienststellen der Eisenbahn sind angehalten, falls erforderlich, die Beförderungspapiere in Ordnung zu bringen. Mit diesen der Fall, so muß der Transport ohne weiteres bis zum Bestimmungsort durchgeführt werden. Es ist unbedenklich, daß durch Untersuchung und Anhalten während der Beförderung die Prüfung vollzogen wird. Dieses Verhalten ist mit Störungen verbunden, die unter Umständen das gesamte Verkehrsleben lämmen. Besteht der Verdacht, daß die Beförderungspapiere nicht in Ordnung sind, oder daß der Transport unter falscher Deklaration läuft, ist es die Pflicht aller Eisenbahnbeamten, dies bei der vorgelegten Behörde, in den meisten Fällen dem Stationsvorsteher, zu melden. Der Stationsvorsteher hat die Meldung zu prüfen und zu entscheiden, ob der Verdacht begründet ist, und melbt dann den damit beauftragten Behörden den Fall zu weiterer Veranlassung.

Die Internationale gegen Truppen- und Munitionstransporte

Der Internationale Gewerkschaftsbund veröffentlicht einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, in dem es u. a. heißt: „In Abwehr des schweren Anfalls der politischen Weltlage fordert der Internationale Gewerkschaftsbund von dem organisierten Proletariat der ganzen Welt, jedem Kriege seinen unerschütterlichen Widerstand entgegenzusetzen. Die organisierten Arbeiter der Welt haben sich bereitzuhalten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg zu bekämpfen und vereint vorzugeben, um den Frieden zwischen allen Völkern endgültig zu gestalten.“

Um dies menschliche Ziel zu erreichen, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle organisierten Arbeiter auf, legale Beförderung von Truppen und Munition zu gewährern. Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert alle Landeszentralen auf, sich bereitzuhalten, um möglicherfalls durch Massenaktionen oder durch Generalstreik ihren Einschluß durchzusetzen.“ Unterzeichnet ist der Aufruf von W. A. Plechan, Vorsitzender, L. Jouhaux, 1. Vizevorsitzender, C. Mertens, 2. Vorsitzender, G. Hamm, 3. Vizevorsitzender, Schreiter.

Eine neue Zusammenkunft alliierter Ministerpräsidenten?

Lugano, 25. Aug. (Drahtbericht.) Nach einer Meldung des "Corriere della Sera" soll eine baldige neue Zusammenkunft zwischen Giolitti und Lloyd George in Aussicht stehen, an der auch Millerand teilnehmen werde.

Bern, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Eine hochstehende englische Persönlichkeit aus der Umgebung Lloyd Georges sagte in einer

Zum Rücktritt des belgischen Außenministers

Brüssel, 25. August. (Drahtbericht.) Zum Rücktritt des belgischen Außenministers Hysman wird dem Mitarbeiter der T.L.-Union erklärt: Hysman habe in der Kabinettssitzung eine Rede gehalten, in der er von neuem erklärt, daß Belgien nun mehr an die Seite Frankreichs treten und gegen Polens öffentliche Partei ergreifen müsse, da die Räteregierung die Bedingung gestellt habe, daß 200 000 polnische Arbeiter bewaffnet werden sollen. Daraufhin erklärte Minister Vandervelde, falls dieser Vorschlag angenommen werde, würde er zurücktreten, und zog mit dieser Erklärung die Mehrheit des Kabinetts auf seine Seite.

Brüssel, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem bereits der Minister des Innern Huysman seine Entlassung verlangt hatte, hat auch der Minister für nationale Verteidigung Janon heute gegen den Abath erklärte, daß er zurückzutreten wünsche. Am Donnerstag wird ein Ministerrat stattfinden, um die Lage zu besprechen.

Weitere Denunziationen in München

München, 25. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Verfolger und Denunziationen an die Entente-Kommission in München geben weiter. Die Polizeidirektion hat sich nun mehr entschlossen, diese Schandbuben öffentlich vor den Prengern zu stellen. In den barocken Motorwerken wurde ein Denunziant entlassen und diese Entlassung von den Betriebsräten genehmigt.

• Herabsetzung der Brotration für die rheinischen Bergarbeiter. Der Düsseldorf-Riegeler Regierungspräsident hat im Einverständnis mit den Bergarbeiterverbänden die Brotration von 4 Pfund auf 3½ Pfund pro Woche herabzusetzen, weil genügend Kartoffeln vorhanden sind.

Sächsischer Tischlertag in Zittau

u. Am Montag fand die Tagung ihrer Fortsetzung in der Hauptversammlung des Verbandes Sachsischer Tischlermeister im Saale des "Schönhauses". Den Geschäftsbereich eröffnete Herr Olaus. Daraus ging hervor, daß im Verband Sachsischer Tischlermeister 78 Jungen und 15 Einzelmitglieder vereinigt sind, die zusammen 2710 Meister, 368 Gehilfen und 2225 Lehrlinge ausmachen. Den Antritt aus dem Verband haben die Städte Leipzig und Chemnitz und Erdmannsdorf erklärt; jedoch hoffte man, diese Antritte zurückgewinnen zu können. Der vom Kassierer Lange-Dresden vorgetragene Kassenbericht verzeichnete im Jahre 1919 12 200 Mk. Einnahmen und 3047 Mk. Ausgaben. Der Vermögensbestand beträgt 8253 Mk. Über das Lehrlingswesen im Tischlerhandwerk berichtete Obermeister Birkner-Meister. Dieser schlug folgende Richtlinien vor: Die Lehrlingsausbildung muß im ganzen Freistaat Sachsen einheitlich gestaltet werden. Die Stellungsermittlung darf nicht dem Arbeitsnachweis überlassen werden, sondern muß Sache der Innungen sein. Durch entsprechenden Umgang mit den Lehrlingen kann der Meister charakteristisch auf diesen einwirken. Durch Fachschulausbildung kann niemals das erreicht werden, was der Lehrling in der Werkstatt des Meisters lernt, deshalb ist an der Meisterlehre unter allen Umständen festzuhalten. Ab Oster 1921 sollen im Freistaat Sachsen bereits einheitliche Formulare und Bestimmungen für alle Betriebe angewendet werden. Über Zweck und Ziel des Landesausschusses des sächsischen Handwerks sprach in längeren aufzählenden Darlegungen Syndikus Weber. Der Landesausschuß bestrebt eine einheitliche Zentralvertretung und berufständige Gliederung des sächsischen Handwerks auf der Grundlage der Zwangsangehörigkeit. Dabei könnte es sich nicht um eine neue Organisation handeln, es soll vielmehr auf den Antragen aufgebaut werden. Dabei könne es sich immer nur um Anträge handeln, nicht gemischte Anträge. Die Anträge müssen sich zu einem Landesverband zusammenschließen, innerhalb der Amtshauptmannschaften aber zu Bezirksschäftsstellen des Handwerks.

Letzte Handelsnachrichten

1. Frankfurter Abendbörse. An der Abendbörse wurden Montanaktionen wieder losgeschlagen, besonders Buderus, die zunächst um 16 Proz. anstiegen auf 447 Proz., dann aber an der Nachbörse auf 441 nachgingen, als das Demant von Fusionsschätzungen vorlag. Gelsenkirchen 321½, Luxemburg 314½, Mannesmann 43

Regen-Mäntelaus Gabardine und
imprägnierten Körperstoffenin Raglan-, Ulster-
und Schläpfer-Formen

zu Mk. 375.- 475.- 525.- und höher

herren-Gummi-Mäntel

zu Mk. 475.- 675.- 750.- und höher

herren-Loden-Mäntel

zu Mk. 250.- 350.- 475.- und höher

Für schriftliche Bestellungen
verlange man unsere Fasson-
Skizzen.**Damen-Regen-Mäntel**

zu Mk. 275.- 375.- 475.- und höher

Damen-Loden-Mäntel

zu Mk. 325.- 475.- 525.- und höher

Ferner:
Knaben-Lod.-Mäntel von 132.- zu Mk.
Knaben-Lod.-Pelerin. von 112.- zu Mk.**Bamberger & Herz**
Leipzig — Augustusplatz.**Eden-Bar**Eingang Augustusplatz 7
Geöffnet von 3 Uhr ab**PALMEN-GARTEN**

Gesellschafts-Abend

Bürger 30. Russischer Elite-Abend.

Wohlfühlender Konzert-Orchester (Goldberg).

Solist: Konzertmeister Hans Mahncke,

u. a. 2. Orchester-Suite am 2. Kettensaiten-Pfeife

2. Konzert-Suite (Kettensaiten-Solo) Wientrommel

1. Konzert-Suite (Kettensaiten-Solo) Wientrommel

Sonnebene, den 28. August: IV. Großer

Riesen-Brillant-Feuerwerk.

Samstag, den 29. August:

Auf vielseitigen Kunst-Wiederholung der

künstlerischen Tänze im Freien.

Montag 28 Uhr bei günstiger Witterung:

Richard-Wagner-Abend.

Sarrasani

Täglich 7 Uhr. Sonntags auch 3 Uhr. Vor-

verkauf: Ury Gehr. Telefon 106. Nur noch

wenige Tage

WEIß-WEIß, das große romantische Reiterspiel.

Bier- und Weinrestaurant**Münchner Hof**

Albertstraße 42 (an der Seiner Straße)

Täglich: Schrammefestspiele

Bierb. gute Stühle: Menü, 4 Gläser, zu 15.00,-

B. Wein, Bier, Bouillonflocken und Äpfelchen.

Anna Birkleit. Et. Erdbe. Brot, Bier.

Central-Theater**Gottschedstraße****Ersklassiges Weinrestaurant**Mittagessen — Abendessen
Speisen nach der Karte
Weine bester Jahrgänge

Treffpunkt der eleganten Welt

Nachtm. und abends Künstler-Konzerte

Leipzig**Casino****5-Uhr-Tee****Bar**

Vornehmes Lese- u. Spiel-

Café**Dittrichring****Vornehmes Lese- u. Spiel-****Café****Neue Bewirtschaftung****Rieger - Dannenberg**

Bad Harzburg

Hof Juliuskaff

und Casino

Donnerstag, 26. Aug. Neues Theater.

Bereits 1445. 100. Int.-Durch. (3. Folge, klein)

Flaute solo.

Marktfahrt Cagliari, in einem Gefüge von hand-

Wolagen, Markt zum Einen Willib., Michelangelo

Cavalli-Dorf. Otto Lohse. Wilhelmshöhe

Herrn Oberhof. G. Weißleber.

Musik Deutsches St. Beate.

Gigant. G. Ohmann

Handels-Zeitung**Das Wirtschaftsleben
in den Vereinigten Staaten**

Der Monatsbericht des „Federal Reserve Board“ für den Juli 1920 ist in mehr als einer Hinsicht beachtenswert. Es geht aus ihm hervor, daß in Amerika einige der schlimmsten, ungesundsten wirtschaftlichen Folgeerscheinungen des Weltkrieges allmählich normalen Verhältnissen zu weichen beginnen. Freilich nur langsam und noch nicht auf allen Gebieten der Volkswirtschaft und des Finanzwesens. Aber immerhin entnimmt die Bundes-Reserve-Behörde dem ihr zur Verfügung stehenden umfassenden Material, daß die Warenauspekulation in vielen Teilen des Landes stark zurückgegangen ist und in manchen anderen fast ganz aufgehört zu haben scheint. Sie stellt in ihrer Monatsübersicht ferner fest, daß allgemein das Empfinden vorherrscht, daß die geradezu krankhafte Kaufwut nachgelassen hat, zum mindesten nicht mehr so übermäßig stark und gefährlich ist, wie noch vor kurzer Zeit. Andererseits beginnt die Arbeiterschaft in vielen Landesteilen mehr zu arbeiten, und unter Arbeitgebern und Arbeitnehmern zeige sich größere Neigung zu einverständlichem Zusammenwirken.

Auch die Kreditlage habe im Juli eine gewisse Besserung aufgewiesen. Ebenso wird auf eine Abnahme der Warenbestellungen und Einschränkung der industriellen Tätigkeit hingewiesen, als auf bemerkenswerte Erscheinungen, die sich in der Richtung zum Normalen bewegen. Diese Besserung habe zum Teil das Publikum durch seine Auflehnung gegen erpresserische Preise erzwungen. Es habe den Anschein, daß das große Heer der Spekulanten, das in so großem Maße für die bisherigen verderblichen Zustände verantwortlich war, wenigstens zeitweilig besiegt sei. Zu diesen Ansätzen zur „Abkehr von Spekulation und Inflation“ kommt als erfreulicher Faktor die Aussicht auf eine gute Ernte, die zwar keine Rekordzahlen verspricht, aber voraussichtlich einen guten Durchschnitt ergeben wird und die im Vergleich zu dem ursprünglich ungünstigen Saatenstande als vorzüglich bezeichnet werden kann. Weizen wird nach Deckung des heimischen Bedarfs in beträchtlichen Mengen für den Export verfügbar sein, und die Baumwollrente wird vermutlich die beste seit 1914 sein. Was gute Ernten gerade in diesem Jahre nicht nur für Amerika, sondern auch für Europa bedeuten, braucht kaum betont zu werden.

Allerdings sind mit diesem Beginn zur Besserung, wie schon erwähnt, noch lange nicht alle wirtschaftlichen Schäden, die der Krieg über Amerika gebracht hat, besiegt; die politische und finanzielle Weltlage lastet stark auf Amerika und kann mit jedem Tage neue Gefahren heraufbeschwören. Auch der Umstand, daß Amerika sich mittler im Trubel einer Wahlkampagne befindet und daß die Transportverhältnisse infolge der Arbeiterwirren stark gelitten haben, trägt dazu bei, daß im ganzen die Konjunktur immer noch als rückgängig angesehen werden muß. Am besten war in dem Berichtsmonat das Geschäft in den Bekleidungsbranchen. Auch Baumwoll-Produkte wichen im Preis bei gedrückter Marktlage, ebenso Rohseide und Gummi. Die Metallmarkte erledigten überfällige Lieferungen, machten aber wenig neue Geschäfte. Auf dem Kupfermarkt wurde es nach einigen Anträgen zu lebhafterem Geschäft wieder still. Die Eisen- und Stahlindustrie wurde durch die Transportschwierigkeiten behindert; dadurch wurden Knappheit in der Produktion und höhere Preise hervorgerufen. Beachtenswert waren in der letzten Juli-Woche sehr erhebliche Bestellungen auf Schiffbau- und Stahl-Export nach Deutschland.

F. P. S.

la Zur Aufnahme des Devisenterminhandels. Die Berliner Devisenkommision hat am Dienstag im Beisein des Reichsbank und des Handelsministeriums den Vorsitzenden Pohl für die zur Sicherung eines Devisenterminhandels geplante Liquidations- und Garantiekasse, darum beraten und laut „Frankl. Ztg.“, die auseinandergehen, Interessen der einzelnen Großbanken und mittleren Bankiers zusammengebracht. Der Entwurf wird den Bürosen von Frankfurt und Hamburg zur Begutachtung zugehen, ebenso nochmals der Stempelvereinigung und auch der Interessentenvereinigung der Berliner Privatbanken. Reichsbank und Handelsministerium stehen dem Plan nicht nur sympathisch sondern auch unterstützend gegenüber. Es ist folgendes in Aussicht genommen: Die Liquidations- und Garantiekasse wird in Form einer Gesellschaft m. b. H. mit 500 000 M. Kapital gegründet; daneben wird von den Teilhabern nach Abschaltung eines ehrenamtlichen Komitees eine Garantieeinzahlung gefordert, die nach Maßgabe der Umsätze gesteuert wird zwischen 250 000 M. und 2,5 Mill. Mark. Ferner wird für jedes Engagement auf einen bestimmten Monat d. h. für den täglichen Saldo in einer Devise auf den gleichen Termin, eine Sicherheit von 10 Proz. zu leisten sein. Das Komitee kann Nachschüsse verlangen, aber auch sonstwie eingreifen. Für jedes Geschäft ist eine Gebühr zu entrichten. Grundsätzlich hat jeder Teilnehmer an der Garantiekasse jedes Geschäft über diese zu teilen. Geplant wird, täglich offizielle Terminalnotizen für die Haupdevisen per einem, zwei oder drei Monate auszugeben.

ek Die Valutendarlehen der Schweiz hatten eine Gesamthöhe von 588,5 Mill. Fr. erreicht, von denen auf Deutschland rund 248 Mill. Fr. auf die Entente 340,5 Mill. Fr. entfielen, darunter auf Frankreich 239,5%, auf Großbritannien 84 und auf Belgien 17 Mill. Fr. Von diesen Valutendarlehen sind bis jetzt 206,5 Mill. Fr. zurückgezahlt, darunter von Deutschland 80 Mill. Fr. so daß Deutschland Mitte August noch eine Schulden von 168 Mill. Fr. an die Schweiz hatte.

*** Österreichische Länderbank.** Die Verhandlungen wegen Umwandlung des Instituts in eine französische Bank stehen vor dem Abschluß.

*** Keine Angliederungspläne des Phönix.** Die Verwaltung des Phönix, Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Hoerde, erklärt auf das Bestimmteste, daß die Gesellschaft keinerlei Pläne hinsichtlich des Anschlusses an ein größeres Hüttenwerk habe. Vor einigen Monaten seien allerdings Verhandlungen wegen eines örtlichen Zusammenganges mit den Ruhroher Werken der Rheinischen Stahlwerke gepflogen worden, doch habe man diese Verhandlungen abgebrochen.

*** Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation.** Hinter den Käufen in den Aktien des Unternehmens vermutet man in rheinischen Großbankenkreisen den Stummkonzern.

br Baderusser Eisenwaren, Akt.-Ges., in Wetzlar. An den Börsen zu Frankfurt und Berlin wurden gestern die Aktien des Unternehmens stark gesucht in Verfolg von Gerüchten über eine Fusion mit Röchling, eine bessere Dividende, eine Kapitalerhöhung usw. Wie die „Frankl. Ztg.“ erfuhr, ist an diesen Gerüchten nichts wahr.

*** Betriebsnahme stillgelegter Zecheen.** Zur Bekämpfung der Kohlennot werden die bei Witten gelegenen, seit langer Zeit stillliegenden Zechen Teresa und Nachfolger wieder in Betrieb gesetzt. Die Stadt Bochum bewilligte zwangsweise die Betriebsnahme der stillliegenden Zeche Dorberg im Lenkratz Beleid weiter.

*** Die nunmehr zu Ende gegangene erste Reichenberger Messe** hatte unstrittbar einen Erfolg. Die Umsätze, die in der Mittwoche erzielt wurden, werden von mediatischer Seite auf nicht weniger als 1 Milliarde geschätzt. Die Textilbranche hat in geschäftlicher Hinsicht gut abgeschritten. Im allgemeinen machten die einzelnen Firmen Umsätze von ½ bis zu einer Million. Die Tuchindustrie zeigte einen Umsatz von rund 6 Mill. Kronen, die Baumwollindustrie einen solchen von etwa 30 Millionen, die Garnindustrie rund 500 Aufträge mit 4 Mill. Kronen, Seidenwaren über eine Million, Leinenwaren etwa 2 Millionen, Tüll und Spitzen über eine Million und sonstige Textilprodukte rund 3 Millionen. In der Maschinenindustrie wurden neben vorteilhaften Kaufabschlüssen auch Geschäftsverbindungen mit Jugoslawien und Rumänien angeknüpft.

*** Norddeutsche Trikotweberei vorm. Leonhard Sprick, Akt.-Ges., in Berlin.** Die Dividende wird mit wieder 8 Proz. vorge-

Leipziger Tageblatt

Donnerstag, 26. August 1920

S.T.-Sport**Rennen zu Horst-Emscher am 25. August**

1. R.: 1. Wafferturm (Münster), 2. Giebelgeb. (Boden), 3. Warmer (Wester), Tot.: 54:10. 9: 27. 19:10. Berner: Bodensteiner, Peter: Bodensteiner, Werner: Bodensteiner, 2. Peter (Kleinheim), 3. Giebelgeb. (Gudow), 4. Giebelgeb. (Gudow), 5. Giebelgeb. (Gudow), 6. Giebelgeb. (Gudow), 7. Giebelgeb. (Gudow), 8. Giebelgeb. (Gudow), 9. Giebelgeb. (Gudow), 10. Giebelgeb. (Gudow), 11. Giebelgeb. (Gudow), 12. Giebelgeb. (Gudow), 13. Giebelgeb. (Gudow), 14. Giebelgeb. (Gudow), 15. Giebelgeb. (Gudow), 16. Giebelgeb. (Gudow), 17. Giebelgeb. (Gudow), 18. Giebelgeb. (Gudow), 19. Giebelgeb. (Gudow), 20. Giebelgeb. (Gudow), 21. Giebelgeb. (Gudow), 22. Giebelgeb. (Gudow), 23. Giebelgeb. (Gudow), 24. Giebelgeb. (Gudow), 25. Giebelgeb. (Gudow), 26. Giebelgeb. (Gudow), 27. Giebelgeb. (Gudow), 28. Giebelgeb. (Gudow), 29. Giebelgeb. (Gudow), 30. Giebelgeb. (Gudow), 31. Giebelgeb. (Gudow), 32. Giebelgeb. (Gudow), 33. Giebelgeb. (Gudow), 34. Giebelgeb. (Gudow), 35. Giebelgeb. (Gudow), 36. Giebelgeb. (Gudow), 37. Giebelgeb. (Gudow), 38. Giebelgeb. (Gudow), 39. Giebelgeb. (Gudow), 40. Giebelgeb. (Gudow), 41. Giebelgeb. (Gudow), 42. Giebelgeb. (Gudow), 43. Giebelgeb. (Gudow), 44. Giebelgeb. (Gudow), 45. Giebelgeb. (Gudow), 46. Giebelgeb. (Gudow), 47. Giebelgeb. (Gudow), 48. Giebelgeb. (Gudow), 49. Giebelgeb. (Gudow), 50. Giebelgeb. (Gudow), 51. Giebelgeb. (Gudow), 52. Giebelgeb. (Gudow), 53. Giebelgeb. (Gudow), 54. Giebelgeb. (Gudow), 55. Giebelgeb. (Gudow), 56. Giebelgeb. (Gudow), 57. Giebelgeb. (Gudow), 58. Giebelgeb. (Gudow), 59. Giebelgeb. (Gudow), 60. Giebelgeb. (Gudow), 61. Giebelgeb. (Gudow), 62. Giebelgeb. (Gudow), 63. Giebelgeb. (Gudow), 64. Giebelgeb. (Gudow), 65. Giebelgeb. (Gudow), 66. Giebelgeb. (Gudow), 67. Giebelgeb. (Gudow), 68. Giebelgeb. (Gudow), 69. Giebelgeb. (Gudow), 70. Giebelgeb. (Gudow), 71. Giebelgeb. (Gudow), 72. Giebelgeb. (Gudow), 73. Giebelgeb. (Gudow), 74. Giebelgeb. (Gudow), 75. Giebelgeb. (Gudow), 76. Giebelgeb. (Gudow), 77. Giebelgeb. (Gudow), 78. Giebelgeb. (Gudow), 79. Giebelgeb. (Gudow), 80. Giebelgeb. (Gudow), 81. Giebelgeb. (Gudow), 82. Giebelgeb. (Gudow), 83. Giebelgeb. (Gudow), 84. Giebelgeb. (Gudow), 85. Giebelgeb. (Gudow), 86. Giebelgeb. (Gudow), 87. Giebelgeb. (Gudow), 88. Giebelgeb. (Gudow), 89. Giebelgeb. (Gudow), 90. Giebelgeb. (Gudow), 91. Giebelgeb. (Gudow), 92. Giebelgeb. (Gudow), 93. Giebelgeb. (Gudow), 94. Giebelgeb. (Gudow), 95. Giebelgeb. (Gudow), 96. Giebelgeb. (Gudow), 97. Giebelgeb. (Gudow), 98. Giebelgeb. (Gudow), 99. Giebelgeb. (Gudow), 100. Giebelgeb. (Gudow), 101. Giebelgeb. (Gudow), 102. Giebelgeb. (Gudow), 103. Giebelgeb. (Gudow), 104. Giebelgeb. (Gudow), 105. Giebelgeb. (Gudow), 106. Giebelgeb. (Gudow), 107. Giebelgeb. (Gudow), 108. Giebelgeb. (Gudow), 109. Giebelgeb. (Gudow), 110. Giebelgeb. (Gudow), 111. Giebelgeb. (Gudow), 112. Giebelgeb. (Gudow), 113. Giebelgeb. (Gudow), 114. Giebelgeb. (Gudow), 115. Giebelgeb. (Gudow), 116. Giebelgeb. (Gudow), 117. Giebelgeb. (Gudow), 118. Giebelgeb. (Gudow), 119. Giebelgeb. (Gudow), 120. Giebelgeb. (Gudow), 121. Giebelgeb. (Gudow), 122. Giebelgeb. (Gudow), 123. Giebelgeb. (Gudow), 124. Giebelgeb. (Gudow), 125. Giebelgeb. (Gudow), 126. Giebelgeb. (Gudow), 127. Giebelgeb. (Gudow), 128. Giebelgeb. (Gudow), 129. Giebelgeb. (Gudow), 130. Giebelgeb. (Gudow), 131. Giebelgeb. (Gudow), 132. Giebelgeb. (Gudow), 133. Giebelgeb. (Gudow), 134. Giebelgeb. (Gudow), 135. Giebelgeb. (Gudow), 136. Giebelgeb. (Gudow), 137. Giebelgeb. (Gudow), 138. Giebelgeb. (Gudow), 139. Giebelgeb. (Gudow), 140. Giebelgeb. (Gudow), 141. Giebelgeb. (Gudow), 142. Giebelgeb. (Gudow), 143. Giebelgeb. (Gudow), 144. Giebelgeb. (Gudow), 145. Giebelgeb. (Gudow), 146. Giebelgeb. (Gudow), 147. Giebelgeb. (Gudow), 148. Giebelgeb. (Gudow), 149. Giebelgeb. (Gudow), 150. Giebelgeb. (Gudow), 151. Giebelgeb. (Gudow), 152. Giebelgeb. (Gudow), 153. Giebelgeb. (Gudow), 154. Giebelgeb. (Gudow), 155. Giebelgeb. (Gudow), 156. Giebelgeb. (Gudow), 157. Giebelgeb. (Gudow), 158. Giebelgeb. (Gudow), 159. Giebelgeb. (Gudow), 160. Giebelgeb. (Gudow), 161. Giebelgeb. (Gudow), 162. Giebelgeb. (Gudow), 163. Giebelgeb. (Gudow), 164. Giebelgeb. (Gudow), 165. Giebelgeb. (Gudow), 166. Giebelgeb. (Gudow), 167. Giebelgeb. (Gudow), 168. Giebelgeb. (Gudow), 169. Giebelgeb. (Gudow), 170. Giebelgeb. (Gudow), 171. Giebelgeb. (Gudow), 172. Giebelgeb. (Gudow), 173. Giebelgeb. (Gudow), 174. Giebelgeb. (Gudow), 175. Giebelgeb. (Gudow), 176. Giebelgeb. (Gudow), 177. Giebelgeb. (Gudow), 178. Giebelgeb. (Gudow), 179. Giebelgeb. (Gudow), 180. Giebelgeb. (Gudow), 181. Giebelgeb. (Gudow), 182. Giebelgeb. (Gudow), 183. Giebelgeb. (Gudow), 184. Giebelgeb. (Gudow), 185. Giebelgeb. (Gudow), 186. Giebelgeb. (Gudow), 187. Giebelgeb. (Gudow), 188. Giebelgeb. (Gudow), 189. Giebelgeb. (Gudow), 190. Giebelgeb. (Gudow), 191. Giebelgeb. (Gudow), 192. Giebelgeb. (Gudow), 193. Giebelgeb. (Gudow), 194. Giebelgeb. (Gudow), 195. Giebelgeb. (Gudow), 196. Giebelgeb. (Gudow), 197. Giebelgeb. (Gudow), 198. Giebelgeb. (Gudow), 199. Giebelgeb. (Gudow), 200. Giebelgeb. (Gudow), 201. Giebelgeb. (Gudow), 202. Giebelgeb. (Gudow), 203. Giebelgeb. (Gudow), 204. Giebelgeb. (Gudow), 205. Giebelgeb. (Gudow), 206. Giebelgeb. (Gudow), 207. Giebelgeb. (Gudow), 208. Giebelgeb. (Gudow), 209. Giebelgeb. (Gudow), 210. Giebelgeb. (Gudow), 211. Giebelgeb. (Gudow), 212. Giebelgeb. (Gudow), 213. Giebelgeb. (Gudow), 214. Giebelgeb. (Gudow), 215. Giebelgeb. (Gudow), 216. Giebelgeb. (Gudow), 217. Giebelgeb. (Gudow), 218. Giebelgeb. (Gudow), 219. Giebelgeb. (Gudow), 220. Giebelgeb. (Gudow), 221. Giebelgeb. (Gudow), 222. Giebelgeb. (Gudow), 223. Giebelgeb. (Gudow), 224. Giebelgeb. (Gudow), 225. Giebelgeb. (Gudow), 226. Giebelgeb. (Gudow), 227. Giebelgeb. (Gudow), 228. Giebelgeb. (Gudow), 229. Giebelgeb. (Gudow), 230. Giebelgeb. (Gudow), 231. Giebelgeb. (Gudow), 232. Giebelgeb. (Gudow), 233. Giebelgeb. (Gudow), 234. Giebelgeb. (Gudow), 235. Giebelgeb. (Gudow), 236. Giebelgeb. (Gudow), 237. Giebelgeb. (Gudow), 238. Giebelgeb. (Gudow), 239. Giebelgeb. (Gudow), 240. Giebelgeb. (Gudow), 241. Giebelgeb. (Gudow), 242. Giebelgeb. (Gudow), 243. Giebelgeb. (Gudow), 244. Giebelgeb. (Gudow), 245. Giebelgeb. (Gudow), 246. Giebelgeb. (Gudow), 247. Giebelgeb. (Gudow), 248. Giebelgeb. (Gudow), 249. Giebelgeb. (Gudow), 250. Giebelgeb. (Gudow), 251. Giebelgeb. (Gudow), 252. Giebelgeb. (Gudow), 253. Giebelgeb. (Gudow), 254. Giebelgeb. (Gudow), 255. Giebelgeb. (Gudow), 256. Giebelgeb. (Gudow), 257. Giebelgeb. (Gudow), 258. Giebelgeb. (Gudow), 259. Giebelgeb. (Gudow), 260. Giebelgeb. (Gudow), 261. Giebelgeb. (Gudow), 262. Giebelgeb. (Gudow), 263. Giebelgeb. (Gudow), 264. Giebelgeb. (Gudow), 265. Giebelgeb. (Gudow), 266. Giebelgeb. (Gudow), 267. Giebelgeb. (Gudow), 268. Giebelgeb. (Gudow), 269. Giebelgeb. (Gudow), 270. Giebelgeb. (Gudow), 271. Giebelgeb. (Gudow), 272. Giebelgeb. (Gudow), 273. Giebelgeb. (Gudow), 274. Giebelgeb. (Gudow), 275. Giebelgeb. (Gudow), 276. Giebelgeb. (Gudow), 277. Giebelgeb. (Gudow), 278. Giebelgeb. (Gudow), 279. Giebelgeb. (Gudow), 280. Giebelgeb. (Gudow), 281. Giebelgeb. (Gudow), 282. Giebelgeb. (Gudow), 283. Giebelgeb. (Gudow), 284. Giebelgeb. (Gudow), 285. Giebelgeb. (Gudow), 286. Giebelgeb. (Gudow), 287. Giebelgeb. (Gudow), 288. Giebelgeb. (Gudow), 289. Giebelgeb. (Gudow), 290. Giebelgeb. (Gudow), 291. Giebelgeb. (Gudow), 292. Giebelgeb. (Gudow), 293. Giebelgeb. (Gudow), 294. Giebelgeb. (Gudow), 295. Giebelgeb. (Gudow), 296. Giebelgeb. (Gudow), 297. Giebelgeb. (Gudow), 298. Giebelgeb. (Gudow), 299. Giebelgeb. (Gudow), 300. Giebelgeb. (Gudow), 301. Giebelgeb. (Gudow), 302. Giebelgeb. (Gudow), 303. Giebelgeb. (Gudow), 304. Giebelgeb. (Gudow), 305. Giebelgeb. (Gudow), 306. Giebelgeb. (Gudow), 307. Giebelgeb. (Gudow), 308. Giebelgeb. (Gudow), 309. Giebelgeb. (Gudow), 310. Giebelgeb. (Gudow), 311. Giebelgeb. (Gudow), 312. Giebelgeb. (Gudow), 313. Giebelgeb. (Gudow), 314. Giebelgeb. (Gudow), 315. Giebelgeb. (Gudow), 316. Giebelgeb. (Gudow), 317. Giebelgeb. (Gudow), 318. Giebelgeb. (Gudow), 319. Giebelgeb. (Gudow), 320. Giebelgeb. (Gudow), 321. Giebelgeb. (Gudow), 322. Giebelgeb. (Gudow), 323. Gie

Leipzig und Umgebung

Die Reform der sächsischen Gemeindeverfassung insbesondere die Gemeindeautonomie

Von

Bürgermeister A. Kühn, Bad Lausick.

Die Bedeutung der Gemeinden ist in dem Maße gestiegen, wie diejenige der Staaten im Verhältnis zum Reich in der letzten Zeit geringer geworden ist. Wir sehen, wie nach der neuen Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 das Recht der Gleichbehandlung in allen wichtigen Fragen des Staatslebens, d. h. in den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft, der Rechtsplege und Verwaltung seitens des Reichs in Anspruch genommen und dabei der fundamentalen Sache aufgestellt wird: Reichsrecht tritt Landrecht.

Durch die Bejurkung der staatlichen Kompetenzen wird es jetzt für jedes Gemeindemehr noch mehr als früher auf die besondere Tüchtigkeit der Gemeindeverwaltungen ankommen, denn das Reich wird nun einen Zentralstaat aus natürlichen Gründen einwirken nach allen Seiten in so individueller Art, wie die Staaten nicht ausüben können, und es wird in hohem Maße der Geschäftlichkeit der Gemeindevertretungen überlassen bleiben, der Allgemeinheit dienende Anregungen, Wünsche und Rechte geltend zu machen und durchzusetzen.

Deshalb macht sich jetzt allenfalls ein regeres Interesse an den Formen der Gemeindeverfassungen bemerkbar, deren zeitgemäße Reform vielfach den Gegenstand eifriger Verhandlungen bei den Regierungszstellen und in den Gemeindevertretungen bilden.

Einer der hauptsächlichen Reformwünsche betrifft die Gemeindeautonomie.

Die Forderung nach der reinen Selbstverwaltung der Gemeinden unter völliger Aufhebung des staatlichen Aufsichtsrechts wird schon seit vielen Jahren erhoben. Es ist selbstverständlich, daß diese Frage in einer Revolutionssituation, deren Ziel die Volksregierung und Gewährung größtmöglicher Freiheiten für das Volk ist, ganz besonders in den Vordergrund gerückt wird.

Vorzeitig bei der im Jahre 1873 vorgenommenen Umänderung der alten Städteordnung für das Königreich Sachsen vom 2. Februar 1873 und der Landgemeindeordnung vom 7. November 1878 in die jetzt geltenden Ordnungen, spielle das Recht der Gemeinde auf Selbstverwaltung eine große Rolle. Tatsächlich ist damals auch dem Verlangen nach Erweiterung der Selbstständigkeit der Gemeinden Rechnung getragen worden, z. B. durch Übertragung der Ortspolizei auf die Gemeinden, durch Beurkundung größerer Freiheiten in bezug auf die Gemeindewahlen und die Befreiung zur Heranziehung in den Gemeindeleistungen. Von einer völligen Befreiung der staatlichen Aufsichtsrechts kann natürlich nach den jetzigen Gemeindeverfassungen nicht die Rede sein. Wegen der Oberaufsicht des Staates über die Gemeinden sind vielmehr in den Gemeindeordnungen eingehende Bestimmungen getroffen.

Aus diesen Vorurteilen ist zu erkennen, daß die Gemeinden unter einer ausgedehnten Oberaufsicht des Staats, teilweise sogar, nämlich sowohl ihren Geschäftsbereichen übertragen sind, in unmittelbarem Untergebensverhältnis der Staatsregierung stehen. Kreis-, bzw. Amtsbaupräfekturen haben das Recht, die Gemeinden zur Beaufsichtigung der gesetzlichen Vorschriften anzubauen, sie bei Ausübung ihrer Besitzungen zu überwachen, auf Überprüfung des Gemeinde-Stammvermögens zu achten, die Aufnahme der Gemeinderelation von ihrer Genehmigung abhängig zu machen, sie sogar zur Erfüllung der ihnen obliegenden Leistungen zu zwingen, indem sie das Erforderliche an Kosten der Gemeinde selbst vornehmen (sog. „Zwangseinziehung“ in den Gemeindebaupräfektur). Die Aufsichtsbehörden können auch die Wahl der Bürgermeister und ihrer Stellvertreter beauftragen und die Ratsmitglieder gegebenenfalls mit Ordnungsstrafen belegen. Der Wunsch der Gemeinden nach größerer Selbstständigkeit erscheint daher bei unparteiischer Beurteilung sicherlich berechtigt.

Wenn hier die mit demokratischem Geist erfüllte englische Gemeindeverfassung herangezogen werden darf, so ist festzu stellen, daß in England das Selbstverwaltungrecht der Gemeinden schon seit 1835 ausgebaut worden ist und sehr im weitergehenden Maße besteht. Die Staatszentralbehörden überwachen nur in geringem Umfang eine Verwaltungskontrolle aus. Übertragen einer englischen Gemeinde ihre Rechte oder ist nachlässig in Ausübung ihrer Pflichten, so ist nur Klage bei einem ordentlichen Gerichte zulässig, die sowohl von der staatlichen Behörde als auch von einem benachbarten Bürger angestrengt werden kann. Daneben besteht die Möglichkeit, daß der Staat auf unmittelbarem Infotriellen einen Einfluss auf die Entwicklungen der Gemeinden ausüben kann, als die Zahlung der regelmäßigen staatlichen Zuschüsse zu den Kosten der Polizeiverwaltung, des Bildungswesens und der Gesundheitspflege an die Gemeinden von deren ordentlicher Geschäftsführung abhängig gemacht wird. Allerdings besteht auch in England in ganz geringem Umfang noch ein staatliches Aufsichtsrecht, soweit es sich um die Finanzierung der Gemeinden handelt, z. B. bedarf die Gemeinden zur Aufnahme einer Anleihe oder Veräußerung von Gemeinderechten der Genehmigung des Ministeriums für Selbstverwaltung. Aber diese Genehmigung wird fast regelmäßig erteilt, sofern nur die wirtschaftliche Anlegung des Kapitals bzw. die Ordnungsmöglichkeit des Geschäfts nachgewiesen wird.

Bei uns sind sich Sicherlich fast alle Parteien, vor allem die einflussreichen Freunde darüber einig, daß nicht davon gesprochen werden kann, daß die Beaufsichtigung der Gemeinden durch den Staat zu belasten und die Gemeinden völlig unabhängig vom Staat zu machen, schon mit Rückblick auf den Bestand des Staates und auf die für Staatschutz erforderliche Autarkie. Aber ebenso bestimmt wird sich wohl auch die Gedanke Geltung verschaffen, daß die Bevormundung der Kreis- und Amtshauptmannschaften sollen müssen. So wird sich das Bestätigungsrecht der Kreis- und Amtshauptmannschaften bei der Wahl der Bürgermeister kaum noch halten lassen. Denn dieses Recht hat doch zweifellos in erster Linie nur parteipolitisches Zweck: man will verhindern, daß eine Persönlichkeit mit einer der Regierung nicht genehmigte politische Bekennung das bestehende Amt erhält. Ein derartiges Verfahren widerspricht aber den demokratischen Grundprinzipien. Es muß unbedingt dahin gestellt werden, daß die Kreis- bzw. Amtshauptmannschaften nicht Bevormundungspersonen sind. Überhaupt wird sich die Reform in der hier faulenden Richtung vernünftigerweise damit erschließen, daß sich das staatliche Aufsichtsrecht aus die Kontrolle der Geschäftsfähigkeit in der Finanzierung beschränkt.

* Erleichterung des Postverkehrs nach Norwegen. Vom Reichspostministerium wird dem Dammert-Dienst mitgeteilt: Die vorübergehend eingeschneide Herabsetzung des Höchstgewichts für Pakete und Postfrachtstücke nach Norwegen von 3 kg sowie die Verkürzung des Höchstmaßes dieser Pakete — Länge und Umfang zusammengezogen — auf 170 cm ist wieder aufgehoben.

* Geldbestellung in Connemwa. Vom 1. September ab wird die Geldbestellung im Stadtteil Leipzig-Connemwa durch das Postamt Leipzig I ausgeführt.

△ keine Herabsetzung der Polizeistunde. (Drahbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Wie wir hören, ist von den sächsischen Behörden keine Herabsetzung der Polizeistunde geplant. Was etwa vom Reich geschehen wird, bleibt abzuwarten.

* Reichsnotspur und Beihilfe. Gegenwärtig werden die Auflösungen zu den Steuererklärungen für das Reichsnotspur und die Beihilfe zugestellt. Am Kopfe der Vordrucke zu den Steuererklärungen für das Reichsnotspur ist aufgedruckt: „Bis zum 28. August 1920 ausgestellt zurückzurreichen.“ Nachdem das Landesfinanzamt Leipzig für seinen Bericht die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen bis zum 30. September 1920 verlängert hat, möchte es auf den Vordrucken bestehen: „Bis zum 30. September 1920 ausgestellt zurückzurreichen.“ Um Zeit und Kosten zu sparen, ist die Rückabrechnung nur in den Auflösungen, nicht aber auch in den Steuererklärungen abgedeckt worden. Hierauf wird zur Vermeidung von Irrtümern besonders hingewiesen.

P. Grecher Überfall im Keller. Am 17. d. M. kurz vor 12 Uhr mittags ist in einem Keller des Grundstücks Lohringstraße 19 ein Überfall auf ein Geschäft in Stellung befindliches Dienstmöbeln verübt worden. Das Mädchen war im Begriff Möbel zu holen, als es plötzlich von einem unbekannten Menschen mit den Worten: „Ob die Schädel her, sonst passiert etwas!“ von hinten an beiden Armen gepackt und zu Boden geworfen wurde. Die Überfallene rief um Hilfe, worauf der schlechte Kerche, ohne seinen Zweck erreicht zu haben, flüchtete und unerkannt

entkam. Das Mädchen wurde später von der Tochter ihrer Dienstherrin entdeckt und schreibt auf. In Verdacht kommt ein 25 bis 30 Jahre alter, untersetzter Mann, bekleidet mit dunklem Anzug und dunklem, weitem Hut, der längere Zeit vor dem Hause und auch in der Haustür gesessen worden ist. Wer Angaben machen kann, die zur Ermittlung des frechen Raubers führen könnten, mache dies unverzüglich bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache hin.

P. Unfall. Am Donnerstag, den 19. d. M. in der 4. Stunde hat der Fahrer einer Dampfstraßenbahn, mit der er durch die Karl-Liebknecht-Straße nach dem Bismarckdenkmal fuhr, in der genannten Straße plötzlich den Schrei eines Kindes gehört. Er hat sofort die Maschine zum Stehen gebracht und einen Knoben gelassen, der anscheinend an einer Hand vertreten war. Bevor er ihn aber über die Urfache der Verletzung bestreiten konnte, war der Knabe davongelaufen. Ein unbekannter Herr soll sich dann des Knaben angenommen haben. Um festzustellen zu können, ob überhaupt ein Unglücksfall und ob im Falle eines solchen fremdes Verantwortlichen vorliegt, ist es notwendig, daß der erscheinend verletzte Knabe sowie Personen, die Angewandten des Vorganges gewesen sind, sich baldigst bei der Kriminalabteilung melden.

Anmeldung der Mehrläden

Alle Mehrläden, gleichviel ob sie in einem Hotel, Gasthof, Fremdenheim oder in einer Privatzimmer übernachten, sind polizeilich anzumelden. Zur polizeilichen Meldung ist der Mehrlädenzettel zu verwenden, der kostenlos im Fremdenbüro des Polizeiamts und in den zuständigen Bezirksmeldestellen ausgegeben wird. Während zu der polizeilichen Anmeldung in Hotels, Gasthäusern oder Fremdenheimen über Nacht bleibenden Fremden die Inhaber verpflichtet sind, legt die Meldepflicht denjenigen Mehrläden, die in Privathäusern wohnen, den Wohnungsbewerber ab. Die Mehrläden sind aber wie diese verpflichtet, den Inhaber von den Wohnungsbewerber vorzulegen. Die aus dem Ausland kommenden und zum Empfang von Nachtragsmittelposten berechtigten Mehrläden haben ihre Pässe mit der polizeilichen Meldung bei den Nachtragsmittelpoststellen im Rahmen vorzulegen. Bevor diese Karten ausgegeben werden, haben die damit beauftragten Polizeibeamten dort im Rahmen die Pässe darauf zu prüfen, ob die Pauschalhaber berechtigt sind, Nachtragsmittelposten zu beanspruchen.

Die Anmeldezeit ist spätestens binnen 24 Stunden nach der Ankunft des Fremden ordnungsgemäß ausgefüllt, während der Geschäftszzeit in der Meldestelle des zuständigen Polizeizirks oder im Fremdenbüro des Polizeiamts und außerhalb der Geschäftszzeit in der zuständigen Polizeizirksabteilung.

Wird die polizeiliche Meldung unterläßt, oder die Meldung verspätet abgelegt, macht sich nach den Bestimmungen der Meldeordnung Strafar. Es ist deshalb empfehlenswert, daß sich die Wohnungsbewerber die Fremdenzettel schon vor der Ankunft der Fremden bei der zuständigen Bezirksmeldestelle holen, den Fremden gleich bei der Ankunft zur Ausfüllung vorlegen und dann sofort wieder abgeben.

P. Straßenunfall. Am 23. d. M. obends in der 7. Stunde ist in der Nürnberger Straße an der Kreuzung der Seeburgstraße ein in Niederschlesisch wohnender 40-jähriger Kaufmann mit seinem Fahrrad von einer ihm entgegenkommenden Kraftwagen angefahren und zu Boden geschleudert worden. Er erlitt Hautabschürfungen, Quetschungen, einen Untergruß im Oberschenkel sowie eine Schwelling des Brusts, so daß er nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht werden mußte.

P. Beim Obstplücken verunglückt. Ein in der Elisenstraße wohnender städtischer Beamter ist am 23. d. M. beim Obstplücken in einem in L-Connewitz gelegenen Garten von Bäume gefallen. Er brach beide Unterarme, das Nasenbein und die linke Aitescbeine und zog sich außerdem noch eine Gehirnerschütterung zu. Er fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus St. Jakob.

Ein singierter Einbruch

Falsche Angaben eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Im Oktober vorigen Jahres berichteten wir über einen großen Einbruchshaushalt bei der Chemischen Kunstanstalt Hinkel & Co., Leipzig-Schönefeld. Dort waren wertvolle Räder und Objekte entwendet worden, deren Diebstahl jedoch verhängnisvoll zu werden drohte, da durch ihn 60 Arbeiter brotlos werden konnten. Eigentümlicherweise fanden sich die Objekte später in der Fabrik wieder. Der vormalige Besitzer der Firma, Curt Adolf Hinkel, Thekla, führte eine Belohnung von 500 M.

Jetzt hat sich Sicherlich fast alle Parteien, vor allem die einflussreichen Freunde darüber einig, daß nicht davon gesprochen werden kann, daß die Beaufsichtigung der Gemeinden durch den Staat zu belasten und die Gemeinden völlig unabhängig vom Staat zu machen, schon mit Rückblick auf den Bestand des Staates und auf die für Staatschutz erforderliche Autarkie. Aber ebenso bestimmt wird sich wohl auch die Gedanke Geltung verschaffen, daß die Bevormundung der Kreis- und Amtshauptmannschaften sollen müssen. So wird sich das Bestätigungsrecht der Kreis- und Amtshauptmannschaften bei der Wahl der Bürgermeister kaum noch halten lassen. Denn dieses Recht hat doch zweifellos in erster Linie nur parteipolitisches Zweck: man will verhindern, daß eine Persönlichkeit mit einer der Regierung nicht genehmigte politische Bekennung das bestehende Amt erhält. Ein derartiges Verfahren widerspricht aber den demokratischen Grundprinzipien. Es muß unbedingt dahin gestellt werden, daß die Kreis- bzw. Amtshauptmannschaften nicht Bevormundungspersonen sind. Überhaupt wird sich die Reform in der hier faulenden Richtung vernünftigerweise damit erschließen, daß sich das staatliche Aufsichtsrecht aus die Kontrolle der Geschäftsfähigkeit in der Finanzierung beschränkt.

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie erschien uns kaum glaublich, und wir hielten sie wahrscheinlich zunächst für falsch, wenn uns nicht Herr Hinkel ausgerechnet lebt. Doch fast einem Jahr später ist diese Angabe bestätigt worden. Es geht um die Ausübung eines ehemaligen Fabrikbesitzers

Die oben mitgeteilte Nachricht ging uns von privater Seite zu. Sie ersch

